

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechspaltige Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen v. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen v. Zeile 40 Goldpf.

Betrifft Verbandstagsprotokoll. Die noch ausstehenden Bestellungen haben den Druck des Protokolls verzögert. Ortsvereine, von denen Bestellungen bis **Mittwoch, den 2. September, nicht vorliegen, werden nicht mehr berücksichtigt.**

Zur Beiratswahl!

Die Beiratswahl kann entsprechend eines Beschlusses des 21. Verbandstages auch in den Betrieben vorgenommen werden. Im übrigen, auch bezüglich des Wahlaktes selbst, ist streng nach dem Wahlreglement zu verfahren. Die durch die Wahl in Wahllokale entstehenden höheren Kosten veranlassen den Vorstand, den Ortsvereinen nahezu legen, von der Wahl in den Betrieben nach Möglichkeit Gebrauch zu machen. In diesen Fällen sind nach dem Verbandstagsbeschluss die entstehenden geringen Unkosten von den Lokalkassen zu tragen.

Der 21. Verbandstag bestimmte ferner, das Wahlreglement nach der Richtung abzuändern, daß in solchen Wahlkreisen, wo nur je ein Kandidat als ordentliches Mitglied und als Ersatzmann aufgestellt ist, auf eine Wahl überhaupt zu verzichten ist. Wenn unter den Ortsvereinen solcher Wahlkreise, wo nur zwei Kandidaten aufgestellt sind und einer davon als ordentliches Beiratsmitglied, der andere als Ersatzmann bezeichnet wurde, Einverständnis erzielt wird, kann von der Vornahme des Wahlsaktes innerhalb solcher Wahlkreise Abstand genommen werden.

Die Wahl findet statt vom 5. bis 7. September.

Sofern die Wahl am Sonntag, den 6. September vorgenommen wird, hat der Wahlakt zwischen 10 Uhr vormittags und 6 Uhr abends zu erfolgen.

Die ausgefüllten Wahlprotokolle müssen spätestens am 14. September in Händen des Vorstandes sein. Später einlaufende Protokolle können in der Zusammenstellung des Wahlergebnisses nicht mehr berücksichtigt werden. Wahllisten und Stimmzettel bleiben am Ort, sie sind nur auf besonderes Verlangen des Vorstandes einzusenden.

Den Ortsvereinen ist bereits das Wahlmaterial zugestellt, und zwar diesmal nur Wahllisten und Wahlprotokolle, Wahlplakate nicht, diese können sich die Ortsvereine selbst herstellen. Um es aufzubrauchen, ist das von den letzten Wahlen übriggebliebene Material (Wahllisten und Protokolle) zu verwenden.

Falls ein Ortsverein noch nicht im Besitze des Materials sein sollte, oder zu wenig erhalten hat, so ist das fehlende vom Vorstand noch rechtzeitig anzufordern.

Der Vorstand

Verbilligungsaktion und Wirtschaftsdiktatur.

Man kann mit Kanonen nach Spagen schießen. Aber es ist auch möglich, daß man mit Erbsen nach Armenen und Festungen schießt. Diesen Eindruck hat man, wenn man die Verbilligungsaktion näher betrachtet, die der Reichszentralrat Luther zum 1. Oktober 1925 angekündigt hat. Das Kabinett hat nun im Laufe der vergangenen Woche stundenlang beisammengesessen, um sich über die Mittel zur Milderung der Teuerung zu unterhalten. Kaus ist dabei so gut wie gar nichts gekommen. Man hat sich die Unternehmerverbände herangeholt und sie ermahnt, in der Preisüberlegung Maß zu halten. Man will auch — wer lacht da — auf die Gewerkschaften einwirken, damit diese ihre Lohnforderungen zurückstellen. Betrachtet man die steigende Teuerung, so muß man vorurteilslos eingestehen, daß die Einwirkungen auf die Gewerkschaften sicherlich ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt darstellt.

Mit welchen Mitteln will nun die Regierung, abgesehen von den Ermahnungen an die Unternehmer, die Bucherbäume nicht ganz in den Himmel wachsen zu lassen, den Kampf gegen die Teuerung führen? Man hat erklärt, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer unbedingt zur Preisentlastung benutzt werden muß. Das ist eine Maßnahme, die sich ganz von selbst versteht. Als die Umsatzsteuer vor einigen Monaten von 2 auf 1½ Proz. herabgesetzt wurde, hat man an den Preisen davon nichts gemerkt. Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ½ Proz. bedeutet aber eine Summe von 500 Millionen Goldmark. Um diese Summe sind die breiten Schichten der Verbraucher einfach von den Unternehmern und Händlern geprellt worden. Die Regierung hat das nicht verhindert und ihre Pflicht nicht getan. Wenn sie sich jetzt auf diese Pflicht besinnt, ist es die allerhöchste Zeit. Allerdings bezweifeln wir, daß sie in ihrem Kampf, von dem man sich ja eine Vorstellung machen kann, wie er geführt werden soll, wenn man die lauen Ermahnungen an die Unternehmerverbände berücksichtigt, Erfolg haben wird. Dasselbe gilt für das Bestreben der Regierung, die beschlossenen Zölle nicht in voller Höhe in Kraft treten zu lassen. Die Zölle werden noch im Herbst dieses Jahres wirksam. Bis dahin versorgen sich die Unternehmer aber, wie unsere Handelsbilanz beweist, mit einer Fülle von Rohstoffen, die noch nicht mit den erhöhten Zöllen belastet sind. Trotzdem sieht man allenthalben, daß der erhöhte Zoll bereits mit in den Preisen einkalkuliert ist. Man braucht sich also nicht wundern, wenn die Preise steigen.

Die Frage ist hier die, wie die Reichsregierung die volle Ausschöpfung des Volkes verhindern will. Darüber herrschen in Regierungskreisen durchaus nebelhafte Vorstellungen. Man hat dieses und jenes vorgeschlagen und neben unbrauchbaren Maßnahmen brauchbare Maßnahmen, wie z. B. die schärfere Anwendung der Kartellverordnung, Durchführung einer Käuferkontrolle durch Veröffentlichung der Großhandels- und Kleinhandelspreise in den Zeitungen, Senkung der Fleischpreise durch Verkauf der Gefrierfleischkontingente in Läden der Gemeinden und Konsumgenossenschaften, angeregt. Aber leider fehlt allenthalben der Mut,

ernstlich etwas gegen das Unternehmer- und Händlertum zu tun. Das ist ganz natürlich, denn die gegenwärtige Regierung ist ja die Regierung des Unternehmertums, ist ihr eigen Fleisch und Blut.

Produktion und Handel haben dann auch die Ankündigung der Lutherschen Verbilligungsaktion ohne Erregung hingenommen. Sie hatten die ganze Verbilligungsgeste für faulen Zauber, für schöne Theorie, oder für einen oberfaulen Wechsel. Dabei betrachten diese Kreise die durch den Zolltarif geschaffene Lage höchst richtig und entsprechend ihrem kapitalistischen Standpunkt. Sie wissen ganz genau, daß die in den letzten Tagen bemerkbar gewordene Teuerung durchaus auf psychologischen Ursachen beruht. Jeder fürchtet den Zoll. Jeder kauft an Rohstoffen und Waren ein, was er bekommen kann und zahlt und fordert entsprechende Preise. Es ist gerade so wie zur Zeit der großen Inflation, wo der Verkäufer jeden Preis fordern konnte, weil ihn der Käufer in dumpfem Fatalismus zahlte. Die gegenwärtige Verteuerung ist so eine unechte Teuerung, eine Teuerung ohne wirklich vorliegende Ursachen. Anders wird es erst dieses Herbst, wenn die neuen Zölle als Verteuerungsfaktoren wirklich in Erscheinung treten. Dann beginnt erst die echte Teuerung. Das sieht das deutsche Unternehmertum und der deutsche Handel sehr wohl ein. Mit diesem Augenblick rechnen sie. Auf ihn richten sie ihre Maßnahmen.

Zuguterletzt handelt es sich darum, wer die Kosten für die Zollpolitik bezahlt. Seht die Arbeiterschaft eine Lohn-erhöhung durch, wehrt sie also die Folgen der Zollpolitik ab, dann wird das Unternehmertum und der Handel einen Teil der Kosten tragen müssen. Das bedeutet Beschneidung der Unternehmerrgewinne. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Steuer- und Zollpolitik der Regierung hat nicht nur die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erregt, sondern auch jene Hunderttausende „wildgemacht“, die bei den letzten Wahlen für die Parteien der Brotkräuter und Fleischverteurer gestimmt haben. Man weiß, daß sich diese Massen die Abwälzung der Kosten der Zollpolitik ausschließlich auf ihre Schultern nicht widerstandslos gefallen lassen werden. Diesen Widerstand will man brechen.

Welche Mittel hat man dafür in Aussicht genommen? Schon seit Wochen ist die kapitalistische Presse am Werk, Stimmung für eine Wirtschaftsdiktatur zu machen, sei es in Form von neuen Ermächtigungsgesetzen, sei es in Form eines Abbaues der Rechte der Volksvertretung. Hinter der Pressepropaganda stehen Leute vom Schlage der Leiter des verkrachten Stinneskonzerns. Immer wieder wird über die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung, durch die hohen Löhne, durch den Achtstundentag und durch die Eingriffe einer angeblich von den Gewerkschaften gestützten unfähigen staatlichen Wirtschaftsbureautratie geklagt. Immer wieder, wenn den Bucherern und Preismonopolisten einmal ein wenig auf die Finger gesehen wird, stellt man diese Maßnahmen, die tatsächlich unter der Regierung Luther

kaum noch etwas zu bedeuten haben, als Eingriffe in die Wirtschaft hin, die unterbleiben müssen, wenn die Wirtschaft sanfter werden soll. Daran knüpft man die Schlussfolgerung, daß dieses unter dem gegenwärtigen parlamentarischen System nicht möglich sei und nur die Wirtschaftsdiktatur Senkung der Preise bringen könne. Wie man sich aber diese Senkung der Preise vorstellt, darüber hat man sich auch schon geäußert. Das entsprechende Programm sieht u. a. Verlängerung der Arbeitszeit, ein Streikverbot bzw. Beseitigung des Schlichtungsverfahrens und eine entsprechende Lohnreduktion vor.

Das ist die Preisentlastung, wie sie das deutsche Unternehmertum will. Diese Preisentlastung bedeutet aber nichts anderes als eine weitere Belastung der Arbeiterschaft, als die einseitige Abwälzung der Liebesgaben-, Steuer- und Zollpolitik auf die Schultern der Verbraucher, die brutale Verhinderung einer notwendigen Angleichung der Löhne an die tatsächliche Teuerung. Das hat die Arbeiterschaft in Zukunft im Auge zu behalten. Sie darf sich durch Mähen, wie die Luthersche Verbilligungsaktion, nicht über den wahren Stand der Dinge täuschen lassen, wie sie auch die schönen Gefänge von Wirtschaftsdiktatur glatt ablehnen muß. Denn das parlamentarische System in der deutschen Republik gibt Arbeitern und Verbrauchern die Möglichkeit, politischen Einfluß und politische Macht zu gewinnen. Erst im Besitze dieser politischen Machtmittel wird die Arbeiterschaft den neuen Kurs in der Wirtschaftspolitik bestimmen können. Erst der siegreiche Kampf gegen die Wirtschaftsdiktatoren wird es ermöglichen, daß man der beabsichtigten Profitdiktatur soziale Gerechtigkeit gegenüberstellt.

Streitversicherungsstellen und Aufklärungsmethoden der Unternehmer.

In der Zeit der Aussperrungswut versuchen auch die Streitversicherungsstellen der Unternehmer ihr Schäfflein ins Trockene zu bringen. Es gibt deren mehrere in Deutschland und anscheinend bereiten sie einander scharfe Konkurrenz. Augenblicklich ist es der Deutsche Industrie-schutzverband, Sitz Dresden, der mit viel Reklamepapier in die Unternehmerbureaus hereinbricht, um sich als den allein seligmachenden schützenden Streikschutz zu empfehlen. Selbstverständlich stellt er einleitend die Gewerkschaften als Musterorganisationen hin, die es ihren Mitgliedern durch finanzielle Unterstützung ermöglichen, mit großer Ruhe die Erreichung des gesteckten Zieles abzuwarten. Daran sollen sich die Unternehmer ein Beispiel nehmen.

„Es ist natürlich, daß die etwa in dem einen Gewerbe durchgedrückten Lohn erhöhungen nachher für alle anderen Branchen von den Schlichtern ihren Schiedssprüchen zugrunde gelegt werden müssen, weil ja sonst die Arbeiter der anderen Branchen in ihrem Lebensunterhalte ungünstiger gestellt sein würden. Die Stärkung des Widerstandes liegt deshalb in Ihrem eigenen Interesse.“

Diese verstärkte Tätigkeit der Streitversicherungsstellen deutet auf verschärfte Kampfmaßnahmen der Unternehmer. Aber nicht nur die finanzielle Seite der Streikschutzstellen für Unternehmer interessiert uns. Sie leisten auch Aufklärungsmethoden unter den Betriebsbelegschaften.

„Unser Verband führt im Interesse der Mitglieder aber nicht nur in Differenzfällen den Kampf mit Gewerkschaften und Arbeiterschaft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiterschaft über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten. In Hunderttausenden von Exemplaren werden beständig, und zwar unter neutraler Flagge, Druckschriften und Flugblätter an die Arbeiterschaft versandt, worin sie über volkswirtschaftliche Begriffe, Kapital, Unternehmer, Geld, Lohn, Preis usw. aufgeklärt wird. Namentlich an die Betriebsräte der Mitglieder kommen solche Flugblätter, auch kleinere Schriften, zum Versand, wie z. B. eine Klarstellung über die Unmöglichkeit der Einführung der Ford'schen Arbeits- und Lohnmethoden, die die Köpfe der Arbeiterschaft in letzter Zeit so verdreht haben, über die Technische Nothilfe, Preisabbau und so fort.“

Wir haben es eigentlich herrlich weit gebracht in Deutschland, daß jeder Unternehmerrindige glaubt, mit solchen „Aufklärungsmethoden“ bei der Arbeiterschaft Eindruck zu gewinnen. Merkt euch das Kollegen! Schließt die Reihen fester zusammen, trotz der „Aufklärung“ durch die Unternehmer und ihrer Streitversicherungsstellen.

Betriebsvereinbarungen zu kommen, beleuchtet. Daß außer dem Wert darauf gelegt wurde, den Kampf um den Markt...

Unentbehrlich für jeden Gewerkschafter ist die in dem Abschnitt Statistik der Verbände dargelegte Entwicklung der Gewerkschaften...

Um die Beschaffungskosten so niedrig wie möglich zu halten, hat sich die Verlagsgesellschaft des IGB...

Die genossenschaftliche Internationale

Ist am 4. Juli zum ersten Male in Deutschland stärker in Erscheinung getreten, indem dieser Tag, der zugleich das Nationalfest der Unabhängigkeitserklärung Nordamerikas...

Der IGB, (Internationaler Genossenschaftsbund) zählt in diesen 27 Ländern insgesamt 50 Millionen Mitglieder (Familien). Er ist also der Zahl nach eine der größten Wirtschaftsorganisationen der Welt...

Diese Tatsache kann mit dem sehr umfangreichen Beweis der englischen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung am besten veranschaulicht werden. Ueber 4 1/2 Millionen Familien...

Der englischen Konsumvereinsbewegung am nächsten steht die deutsche mit ihren 4 1/2 Millionen Mitgliedern. Sie ist zahlenmäßig ebenso stark wie jene...

Selbstverständlich spielen dabei die Einkommensverhältnisse des englischen Volkes eine Rolle, ebenso der Umstand, daß die Gütererzeugung der englischen Konsumvereine...

beziehen in der Lage sein muß. Und worin die Verbesserung an den Internationalen Genossenschaftstagen einen Wandel zum Besseren herbeizuführen bestrebt ist...

Der IGB, als Träger des Internationalen Genossenschaftstages besitzt in den ihm angeschlossenen Organisationen einen starken Inhalt, der sich nicht nur bei den alle drei Jahre stattfindenden Kongressen äußert...

Daß mit einer solchen internationalen Verknüpfung des Geld- und Warenverkehrs auch die allgemeinen weltpolitischen Beziehungen ein anderes Gesicht bekommen müssen...

An ihrer Stelle müssen genossenschaftliche Interessengemeinschaften die gegenteilige Wirkung auslösen.

In den wirtschaftlichen Grundsätzen und dem System des Genossenschaftswesens ist also auch eine große sittliche Idee enthalten, die bei jeder Gelegenheit zu fördern, Aufgabe jedes sein muß...

Ver schulden die Löhne die Teuerung?

Jede Preissteigerung wird heute von den Unternehmern mit den Lohnforderungen der Arbeiterschaft und mit erhöhten Löhnen begründet, wie jede Lohnforderung der Arbeiterschaft aber von den Unternehmern unter Berufung auf die wirtschaftlich schlechte Lage des Unternehmens abgelehnt wird...

Table with 4 columns: Spinnerei, Weberei, Verkaufswert, Anteil der Löhne und Gehälter am Verkaufspreis. Rows include data for 1914, 1924, and 1924 for various textile products.

Die Aufstellung beweist, daß der Anteil der Löhne an dem Verkaufspreis Ende 1924 noch um 50 Proz. niedriger war als vor dem Kriege. Im Laufe des Jahres 1925 haben sich die Verhältnisse kaum verändert...

Ein Kulturdokument.

Die Mühlenarbeiter in Michach haben in diesem Jahre zum großen Teil zu unserer Organisation zurückgefunden, und die letzte Versammlung, die von dem „Christlichen“ Sekretär Rott vom Zentralverband der Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter Deutschlands einberufen wurde...

„Verleumdung und Lüge, Gewalt oder List, Das sind ihre Waffen Zu jeglicher Frist.“

An unsere Verbandsmitglieder in Michach!

Strupelloses, raffiniertes Demagogentum in der freien Gewerkschaft sucht, wie schon so oft in der letzten Zeit, durch Lüge und Verleumdung Zersplitterung unter unsere Mitglieder in Michach hineinzufragen...

Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband nur die einzige rechte Organisation für die Michacher Mühlenarbeiter“

„für die Männer und Frauen, für die Gesunden und Kranken, für die Dicken und Dünnen, für die Klugen und Dummen“

Für alle, alle, alle!

Dem „freien“ Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband ver danken die Michacher Mühlenarbeiter ihr Haus und Hof, ihr Weib und Kind.

Alles, alles, alles

ver danken sie diesem Ver bande. Ferner läßt der Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband die Sonne zur rechten Zeit scheinen, den Regen

zur rechten Zeit fallen, er läßt nach Aussage seiner Agitatoren das Korn gedehnen und die Säber wachsen, er läßt die Kartoffeln groß und dick werden und er sorgt, daß die Mäuse den Haber nicht verderben,

er vertilgt die Ratten, Wägen und jegliches Ungeziefer.

Alles, alles, alles

tut dieser Verband für seine Mitglieder.

Aber die Schwarzen, die Christlichen, der Zentralverband der Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter Deutschlands, der ist schuld an der Maul- und Klauenseuche, an den schlechten Böden, an den schlechten Zeiten, der frißt sogar die kleinen Kinder.

Inbesondere ist aber der Kollege Rott-München schuld „vom Apfel bis der Eva im Paradies bis zum letzten Laubfrosch, der im vergangenen Frühjahr erwachte aus seinem Winterschlaf und bemerkte, daß er bei der winterlichen Kälte seinen Schwanz verloren hat.“

Die neueste Agitationslüge der freigewerkschaftlichen Demagogen ist, daß die Lohnverhältnisse in Michach deswegen so schlecht sind, weil Rott immer allein für die Michacher Mühlen verhandelt. Seit Jahren wird für die Grobmühlen stets gemeinsam vor dem Landesgericht in München verhandelt, in dem Schiedsgericht sitzen immer nur freigewerkschaftliche Vertreter.

Wer etwas anderes behauptet, ist ein verlogenes, nichtsnutziges Individuum. Bis heute konnte die seinerzeit verbreitete Lüge, ich hätte dem sozialdemokratischen Verband in Dillingen Mitglieder abzugeben versucht, nicht geklärt werden, weil man mir nicht die Möglichkeit zu einer Aussprache gab. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er gleich die Wahrheit spricht.“

Kollegen und Kolleginnen! Wenn ihr aufrichtig und ehrlich seid, dann müßt ihr zugeben, daß wir unsere Pflicht gegen unsere Michacher Mitglieder bisher erfüllt haben. Die praktische Arbeit haben wir geleistet, während die Anderen im Schimpfen und Verleumdungen bestanden. Darum hoffe ich auf eure fernere Verbandsstreue.

Mit Verbandsgruß!

gez. Fr. Haber Rott.

In dem Rundschreiben spricht Rott davon, daß seit Jahren für die Grobmühlen stets gemeinsam Lohnverhandlungen vor dem Landesgericht stattfinden und daß in dem Schiedsgericht nur freigewerkschaftliche Vertreter sitzen. Damit will Rott sagen, daß an den schlechten Löhnen die freien Gewerkschaften schuld sind. Rott weiß ganz genau, daß das Schiedsgericht paritätisch zusammengesetzt ist, und daß bei Festsetzung der Löhne auch die christlichen Gewerkschaften mitwirken. In diesem Punkte hat Rott seine Leute in Michach angefluntert, aber deswegen behaupten wir nicht, daß er ein „verlogenes, nichtsnutziges Individuum“ ist. Nein, durchaus nicht, aber ein Spatzvogel ist Herr Rott, der es gut versteht, sich selbst und andere zu belustigen.

Die Berechnung der Unfallrente.

Gegenstand der Unfallversicherung ist der Ertrag des Schadens, der durch Körperverletzung oder Tötung entsteht. Neben anderen Vergütungen haben Verletzte und deren Hinterbliebene eine Rente zu erhalten. Diese beträgt im Falle der Verletzung, solange der Verletzte infolge des Unfalles

- a) völlig erwerbsunfähig ist, 2/3 des Jahresarbeitsverdienstes (Vollrente);
b) teilweise erwerbsunfähig ist, den Teil der Vollrente (zu a), der dem Maße der Einbuße an Erwerbsunfähigkeit entspricht (Teilrente);
c) so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, mehr als die Vollrente, jedoch höchstens den vollen Arbeitsverdienst.

Lehter umfaßt das Jahr vor dem Unfall, ist nach bestimmten gesetzlichen Vorschriften zu berechnen und beträgt gewöhnlich das 300fache des durchschnittlichen Verdienstes für den vollen Arbeitstag.

Soweit der Jahresarbeitsverdienst eine vom Reichsarbeitsminister jeweilig festzusetzenden Betrag — zurzeit 1800 Mk. — übersteigt, wird er nur mit 2/3 angerechnet. Die Rente beginnt mit der 14. Woche nach dem Unfall, kann auch in gewissen Fällen schon von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt werden.

Wenn das gesamte Material, das durch die Untersuchung beigebracht ist, und den einer Entschädigungsberechnung zugrunde zu legenden Lohnnachweis und fast in allen Fällen ein Arztgutachten über den Zustand des Verletzten enthalten muß, der mit der Entschädigungsfeststellung beauftragten Stelle (Entschädigungskommission u. dergl.) vorliegt, prüft diese den Akteninhalt und beschließt, der Sachlage entsprechend, über Anerkennung oder Ablehnung der Entschädigungspflicht. Namentlich legt sie den Jahresarbeitsverdienst und den Grad der Erwerbsbeschränkung fest, und zwar in Hundertteilen der Vollrente. Danach ergibt sich von selbst die Berechnung der Unfallrente.

Um einem viel verbreiteten Irrtum vorzubeugen, sei hier bemerkt, daß, wenn z. B. der Grad der Erwerbsunfähigkeit auf 60 Proz. festgesetzt wird und der Jahresarbeitsverdienst 1800 Mk. beträgt, nicht etwa 60 Proz. von 1800 Mk. bewilligt werden, sondern nur 60 Proz. von 1200 Mk. (der Vollrente) = 720 Mk.

Wie schon erwähnt, wird der Jahresarbeitsverdienst voll berechnet, wenn er nicht 1800 Mk. übersteigt. Beträgt er aber z. B. 2400 Mk., so wird die vorgeschriebene Kürzung vorgenommen und nur ein Betrag von 1800 + 2400 - 1800 : 3 = 2000 Mk. festgesetzt. Die Vollrente, von der die Teilrenten abgeleitet werden, würde in diesem Falle 2/3 von 2000 Mk. = 1333,33 Mk. betragen.

Die folgende Uebersicht zeigt die berechneten Renten, wie sie gewöhnlich vorkommen, unter Zugrundelegung eines Jahresarbeitsverdienstes von 1500 Mk., 1800 Mk. und 2400 Mk. (gefürzt 2000 Mk.).

Table with 4 columns: Grad der Erwerbsbeschränkung, Jahresarbeitsverdienst, 1800, 2400, gefürzt 2000. Rows show calculations for 50%, 60%, 75%, 80%, 90% disability levels.

